

# Bei der SPD holpert das Personalkarussell

Die Landtagsfraktion tut sich schwer, den Untersuchungsausschuss zur Bodenreform zu besetzen



Jutta Lieske



Ralf Holzschuher

Der künftige Untersuchungsausschuss zur Bodenreform wird schon vor der Einsetzung zum Politikum. Die SPD-Fraktion glänzt durch Missmanagement – kein neues Phänomen.

Von ULRICH THIESSEN

**Potsdam (MOZ)** Jutta Lieske gibt sich alle Mühe. Die ehemalige Amtsdirektorin in Letschin (Märkisch-Oderland) und Kindergärtnerin muss bis zum dritten März, wenn der Untersuchungsausschuss Bodenreform seine Arbeit aufnimmt, sich mit den Rechten und Pflichten eines solchen Gremiums befassen und mit der Materie selbst auch. Schließlich soll sie den Vorsitz des Ausschusses übernehmen und hatte seit ihrem Einzug ins Parlament 2004 damit noch keinen Kontakt.

Vor allem aber muss die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete die Kollegen der anderen Fraktionen überzeugen, dass sie die richtige für diese Aufgabe ist. Zu diesem Amt kam sie wie die

sprichwörtliche Jungfrau zum Kind. Der SPD steht als stärkster Fraktion das Vorschlagsrecht zu. Eine Woche lang kannte der Fraktionsvorstand die Anforderungen. Am Montagmittag dieser Woche schlug Fraktionschef Günter Baaske dann Lieske vor. Da wusste sie noch nichts von ihrem Glück.

Die Abgeordneten der CDU und auch die Linke im Landtag erfuhren am Dienstag von Journalisten, wer den Ausschuss leiten soll. „Man hätte mit den anderen Fraktionen reden sollen“, heißt es inzwischen in der SPD-Fraktion. Und: „Unsere Leute werden einfach verheizt.“

Als zumindest beschädigt gilt auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und rechtspolitische Sprecher Ralf Holzschuher. Der Anwalt aus Brandenburg/Havel galt als Anwärter auf den Ausschussvorsitz. Allerdings lehnte er dies ab, da er in den 90ern das Land bei Bodenreformverfahren vertreten hatte. Trotzdem sollte er als Mitglied in den Ausschuss entsandt wer-

den. Die beiden anderen Fraktionen zeigten sich überrascht und pikiert. Am Dienstagabend warf Holzschuher das Handtuch und verzichtete. Gegenüber dem ebenfalls ins Gespräch gebrachten parlamentarischen Geschäftsführer Christoph Schulze gab es Befindlichkeiten in den eigenen Reihen. Er stammt aus Teltow-Fläming. Dieser Kreis hatte bekanntlich dem Streben des Landes nach Bodenreformland als einziger getrotzt.

Es sind nicht die ersten Fälle des laxen bis fahrlässigen Umganges mit Posten und Personal, die der SPD in letzter Zeit anzulasten sind. Da war die überreichte Nominierung der Abgeordneten Britta Stark als Rechnungshofpräsidentin. Erst wochenlang Protest ob der fehlenden juristischen Qualifikationen führten zu einem Umdenken bei der SPD und zur Bereitschaft, die Stelle in einem Auswahlverfahren zu besetzen.

Im Sommer 2006 nominierte die SPD die stellvertretende Landesvorsitzende Martina Münch

als Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahlen in Cottbus. Als sich ein Wahlbündnis von CDU und anderen Parteien, darunter auch den Linken, abzeichnete und sich die Chancen der SPD verschlechterten, wurde Münch von heute auf morgen durch den damaligen Verkehrsminister Frank Szymanski ausgetauscht.

Neben der Frage, wie der künftige Untersuchungsausschuss zu besetzen ist, wanken die Sozialdemokraten auch inhaltlich. Baaske erklärte am Dienstag, dass man eventuell einen eigenen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stellt. Warum man der Opposition die Initiative streitig machen will, ist unklar. Auch der Koalitionspartner CDU war bislang nicht in diese Überlegungen einbezogen. „Wir haben noch Zeit, das zu überlegen“, sagte der Sprecher der SPD-Fraktion, Florian Engels. Und ein CDU-Politiker kommentiert: Mehr Lustlosigkeit kann man kaum an den Tag legen.